Südwest Presse

Autor: CHRISTOPH MAYER | 22.09.2011

Ulm.  **Die gesellschaftlichen Kosten von Kindesmissbrauch sind immens: In Deutschland betragen sie jährlich 11 Milliarden Euro. Das ist das Resultat einer Studie der Ulmer Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie.**

Im Auftrag des Bundesfamilienministeriums hat die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie der Universität Ulm eine "Deutsche Traumafolgenkostenstudie" erstellt. Klinikdirektor Prof. Jörg Fegert stellte die Ergebnisse gestern der Öffentlichkeit vor. Das Material für die Expertise stammt vom Institut für Gesundheits-System-Forschung in Kiel sowie von der Barmer Ersatzkasse, einbezogen wurden Daten der Altersgruppe der 15- bis 64-Jährigen aus dem Jahr 2009. Ziel der Studie, so Fegert, war eine Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen jährlichen Kosten von Kindesmissbrauch oder -misshandlung in Deutschland.

Den Berechnungen zufolge sind 14,5 Prozent der rund 54 Millionen von der Studie erfassten Deutschen im Laufe ihres Lebens von Kindesmisshandlung, Missbrauch oder Vernachlässigung betroffen (gewesen). Nach einer Studie der deutschen Kinderschutzzentren entwickle jedoch nur jeder Fünfte davon eine Entwicklungsstörung oder Behinderung, sagt Fegert. "Das sind dann aber immer noch 1,6 Millionen Menschen."

In die so genannten Traumafolgekosten fließen nicht nur die Ausgaben für eine etwaige medizinische Behandlung oder psychotherapeutische Hilfen ein. Auch Jugendhilfe, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Kriminalitätskosten sowie der Wertschöpfungsverlust müssten in die Berechnungen miteinbezogen werden, betont der Ärztliche Direktor der Ulmer Kinder- und Jugendpsychiatrie, der Mitglied des 2010 von der Bundesregierung einberufenen Runden Tisches "Sexueller Kindesmissbrauch" ist. Summa summarum kommt die Studie auf rund 6700 Euro Traumafolgekosten pro Fall und Jahr. Was bei 1,6 Millionen Betroffenen zu gesellschaftlichen Ausgaben von etwa jährlich 11 Milliarden Euro führt.

Die finanzielle Seite des Missbrauchsthemas sei freilich nur ein Aspekt, betont Fegert. "Das persönliche Leid der betroffenen Menschen macht ein Vielfaches der volkswirtschaftlichen Kosten aus." Andererseits könne über die "ökonomische Stellschraube" am ehesten Druck auf die Politik ausgeübt werden, mehr Geld für Therapie und Prävention locker zu machen - was dringend notwendig sei. "Wir brauchen mehr Beratung und Aufklärung."

Eine Einschätzung, der Prof. Heiner Fangerau, Direktor des Instituts für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin an der Uni Ulm beipflichtet. "Die Stadt Hamburg hat Ende des 19. Jahrhunderts erst ein Klärwerk gebaut, nachdem eine Studie die volkswirtschaftlichen Schäden der damals grassierenden Choleraepidemien offenlegte."

Entgegen der medialen Darstellung bleibe Missbrauch in der Familie am häufigsten, sagt Fegert. Nur etwas mehr als ein Viertel der Fälle ereigne sich in Institutionen wie Schulen, Internaten oder auf Freizeiten. Gerade im institutionellen Bereich jedoch hapere es in Deutschland an Mindeststandards zur Verhinderung von Missbrauch: an internen und externen Beschwerdemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche etwa, an Fortbildung für die Mitarbeiter oder an einer internen Risikoanalyse.

Anfang November will der Runde Tisch der Bundesregierung seinen Abschlussbericht vorlegen, verbunden auch mit einer Forderung nach Umsetzung dieser Standards. Fegert: "Dann ist die Politik gefragt".

14.5.2012: http://www.swp.de/ulm/lokales/ulm\_neu\_ulm/studentenulm;art4329,1123819